



DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

ALTERNATIVE ENERGIEQUELLEN

Herwig Mahr im Gespräch

Der Klubobmann der Freiheitlichen im oberösterreichischen Landtag im Gespräch über Förderung von Biogasanlagen, die Eigenversorgung mit Energie, die Wiedereinführung einer modernen Form der Milchquote u. v. m.

Seite 20-21



NR-Wahl als Richtungsentscheid

Fairness für uns Bauern

Seite 22-23

Zweifel an Regionalität bei EDEKA werden laut

Die skurrile Kampagne der deutschen Supermarktkette ging gewaltig nach hinten los. Nutzer im Netz zweifeln nun an der Glaubwürdigkeit.

Seite 3

Wie sicher sind Österreichs Grenzen?

Bürger besorgt: Bereits zwei Wochen nach seiner Abschiebung tauchte ein nigerianischer Drogendealer wieder in Österreich auf.

Seite 4

Schwerpunktthema Lebensmittelskandale

Sind wir Handel und Industrie auf Gedeih und Verderb ausgeliefert oder können Konsumenten manches doch beeinflussen?

Seite 8-9

Borkenkäfer und August-Sturm

Waldbesitzer bleiben auf ihrem Schadholz sitzen und üben teils heftige Kritik an den Forstbehörden – fühlen sich im Stich gelassen.

Seite 16-17

Ausgabe 04/17 (29.09.17)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich
Freiheitliche Bauernschaft OO, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz
Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info
P.b.b. - SP - 07Z037583S - Verlagspostamt 4020 Linz

Wir Bauern



Wohin geht die Reise?

Jeder dritte österreichische Landwirt hat in den vergangenen 20 Jahren das Handtuch geworfen. Trotz Gemeinsamer Agrarpolitik oder etwa auch genau deswegen? Die EU stülpte ihre Wirtschaftspolitik auch über die Landwirtschaft. Oberste Priorität hatte das Absenken der Agrarpreise auf Weltmarktniveau, um im Export stärker zu punkten. Der Preisausgleich ist vom 1. ha bis zum 10.000 ha gleich hoch. Diese Politik heißt das Bauernsterben nach wie vor an. Die Steigerung der Produktion war und ist die einzige

Franz Graf

Möglichkeit für viele Bauern dieser absurden Politik die Stirn zu bieten, denn mit der Menge kommt mehr Geld - mehr als durch Qualität. Doch anstatt die Rahmenbedingungen für eine strukturhaltende Landwirtschaft positiv zu verändern, wurde seitens des Bauernbundes dieser Trend mit dem Slogan „Wachsen oder Weichen“ beworben. Und noch immer heißt die Parole von Bauernbund und Landwirtschaftskammer für die GAP 2020: Weiter so, vielleicht mit ein bisschen weniger Bürokratie! Die Ausdünnung des ländlichen Raumes wird so zum Programm. In den Vorschlägen von Minister Rupprechter zur Wiederbelebung des ländlichen Raumes, liest man übrigens kein Wort über die Agrarpolitik. Wir fordern: Eine durchgängige Herkunftskennzeichnung. Die ersten 10 und 20 ha müssen doppelt und 3-fach ausgeglichen werden und die gestiegenen Belastungen sind zurückzunehmen. Dann besteht die Chance auf eine strukturhaltende, bäuerliche Landwirtschaft.



FB-Forderung: „Flächenrecycling“ als Mittel gegen Bodenverbrauch

Die Forderung der Freiheitlichen Bauernschaft, vermehrt leerstehende Gewerbe- und Industrieflächen zu nutzen, um den Verbrauch von landwirtschaftlichen Flächen zu verringern, findet nun auch Widerhall bei LK-Präsident Franz Reisecker und LR Max Hiegelsberger. „Um den Verbau von täglich mehr als 20 Hektar Boden zu minimieren, sind alle politischen Kräfte gefragt. Es freut mich, dass unsere Vorschläge Berücksichtigung finden“, so FB-Obmann Franz Graf.

Foto: pixabay

Teure Peinlichkeit:

AMA ruft Kinderbuch

Menschen, besonders Kindern, ein Thema mit dem sie nicht vertraut sind in einfachen, klaren Worten näher zu bringen, ist eine hohe Kunst. Die AMA hat sich darin versucht und ist kläglich gescheitert: Die Nutztierhaltung und die Fleischproduktion sollte in einem Kinderbuch mit dem Titel „Fleisch, woher kommst denn du?“ einfach veranschaulicht werden. Die AMA fordert von den Bauern höchste Professionalität, doch selbst scheinen sie dazu nicht in der Lage zu sein.

Der Autor des „AMA-Büchleins“ ist der Märchendichter Volke Tegethoff. Worte die der Autor wählte, um die Fleischproduktion kindgerecht zu erklären, waren beispielsweise: „Um ein gutes Stück Fleisch zu werden, müssen wir Rinder auf der Wiese stehen. Wir müssen im Stall gutes Futter fressen. Klares Wasser trinken und viel frische Luft einatmen. Und jetzt mache ich mich mit meinen Kollegen auf den Weg! Aber Du musst nicht traurig sein, denn wir werden uns sicher wieder sehen.“ Das „Werk“ könnte man auch als eine Steilvorlage für den „Verein gegen Tierfabriken“ bezeichnen. Dieser reagierte prompt: „Tiere entscheiden

sich nicht freiwillig dazu, von den Menschen genutzt und getötet zu werden. Kindern zu vermitteln, dass die Tiere glücklich über dieses Leben wären, ist schlichtweg falsch“, so die Kritik des Vereins, der es vermutlich lieber sehen würde, wenn die Nutztierhaltung in einen Streichelzoo verwandelt werden würde.

„Das Buch ist eine pädagogische Katastrophe“ oder „Mit solchen Aktionen schadet ihr uns Bauern eher, als das uns geholfen wird“ sind Reaktionen, die auf der Facebook-Seite der AMA hinterlassen wurden. Auf den Kommentar eines Nutzers, dass es auch andere Wege gäbe, den Inhalt zu vermitteln, antwortete das AMA-

Team: „Danke, wir arbeiten daran“. Der „Werberat“ sprach schließlich die Aufforderung zum sofortigen Stopp der Kampagne aus. Die Begründung: Die Werberäte sind der Auffassung, dass „durch die gewählte textliche/bildliche Darstellung ein verharmlosendes Bild der Fleischproduktion an sich und im Speziellen einer Schlachtung vermittelt und damit die kindliche Vorstellungsfähigkeit eindeutig überfordert wird.“ Der Geschäftsführer der AMA-Marketing, Dr. Michael Blass, reagierte darauf: „Mit Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, dass der Versuch, den Weg vom Tier zum Fleisch kindgerecht zu erklären, nicht erfolgreich war und von relevanten Teilen der Medien und der Öffentlichkeit kritisch wahrgenommen wird.“

Die bereits gedruckten Bücher sollen der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden, bereits versandte Ansichtsexemplare sollen zurückgeholt werden. Seit Menschengen-

Saatbau Linz konnte den Umsatz steigern

Um knapp acht Millionen Euro konnte die Saatbau Linz ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr steigern. 167,2 Mio. Euro Umsatz ist der höchste Wert im 67-jährigen Bestand der Genossenschaft, berichtet das Unternehmen bei der ordentlichen Generalversammlung.



Foto: pixabay

OÖ bei Anbaufläche für Raps auf Platz 3

In Oberösterreich wurden laut Statistik Austria im Jahr 2016 7.566 Hektar Ackerland für den Raps-Anbau verwendet. Nur NÖ und das Burgenland hatten mehr Anbaufläche. Für das heurige Jahr sagt Statistik Austria eine Steigerung um zwei Prozent voraus.

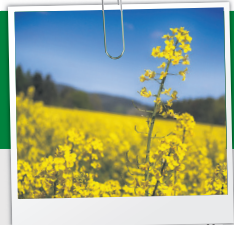


Foto: pixabay

Im umstrittenen Kinderbuch skatet ein Schweinderl mit coolem Grinsen im Gesicht und meint, die besten Spezialisten müssten nun an ihm arbeiten, damit es rasch ein „Schnitzelstar, Kotelettwunder und Mega-Überdrüber-Filet“ werden könne.



zurück

denken ist die Nutzung von Tieren für die menschliche Ernährung etwas Natürliches. Die „Wachsen oder Weichen“-Politik der EU wurde vom Bauernbund stets als Fortschritt verkauft.

Die Anbiederung an den Weltmarkt, die die Intensivierung zur Folge hatte, die sinkenden Preise und die Veränderung des Ernährungsverhaltens, all das hat nicht nur die Landwirtschaft dramatisch verändert. Gleichzeitig hat sich auch in der Bevölkerung das Verständnis und die Wertschätzung für die Landwirtschaft reduziert. Nun ist es notwendig geworden, etwas Natürliches erklären und bewerben zu müssen.

Und nicht einmal dazu scheinen die Spezialisten der AMA in der Lage zu sein. Es stellt sich die Frage, ob die Endfassung des „Büchleins“ jemals von Verantwortungsträgern kritisch begutachtet wurde und wieviel Geld dafür verschwendet wurde.

Fotos: Screenshot Facebook

EDEKA-Spot: Konsumenten zweifeln an der Regionalität

Die Handelskette EDEKA löste im August einen Sturm der Entrüstung, Spott und Häme vor allem in sozialen Medien aus. Hintergrund war eine Werbekampagne des Unternehmens gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Eine Filiale in Hamburg entfernte dabei alle Produkte, die nicht in Deutschland produziert wurden und stellte Schilder wie „So leer ist ein Regal ohne Ausländer“ auf.

Viele Nutzer in sozialen Medien fragten bei dem Unternehmen nach, was denn ausländi-



Foto: Wikimedia, Noebse, CC BY-SA 2.5

sche Produkte mit Rassismus zu tun hätten. Weitere Nutzer kritisierten, dass sich die vielen leeren EDEKA-Regale nicht mit dem Anspruch des Unternehmens verträgen, möglichst viele regionale Produkte anzubieten.

Studie zeigt: GAP ist unzeitgemäß ZEW für Förderstopp

Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat das Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) eine Studie über die EU-Agrarpolitik erstellt. Das ZEW bezeichnet die Gemeinsame Agrarpolitik als „anachronistisch“, das heißt als unzeitgemäß. Ihre starke Bedeutung im EU-Haushalt sei heute nicht mehr zu rechtfertigen. Die ZEW-Experten ziehen aus den Ergebnissen der Studie folgenden Schluss: „Die Förderung europäischer Bauern

aus dem Haushalt der Europäischen Union sollte nach dem Jahr 2020 zurückgefahren werden. Dass mit mehr als 400 Milliarden Euro immer noch gut ein Drittel des Brüsseler Haushalts



im aktuellen Finanzrahmen in die Landwirtschaft geht, ist nicht mehr zeitgemäß. Hier sollten erhebliche Mittel in neue Politikfelder mit wirklichem europäischen Nutzen wie Verteidigung, Migration und Außenpolitik umgelenkt werden“, so Prof. Dr. Friedrich Heinemann (Bild), Autor der Studie. Es wird empfohlen, die Kosten der Agrarförderung im EU-Haushalt durch eine stärkere nationale Eigenbeteiligung zu senken. „Wenn Mitgliedstaaten unbedingt ihre

Landwirte im Verhältnis zu anderen Wirtschaftszweigen privilegieren wollen, sollen sie die Kosten nicht länger voll auf den europäischen Steuerzahler abwälzen“, so Heinemann.

Foto re: Wikimedia, Franz Johann Morgenbesser CC BY-SA 2.0; Foto li.: ZEW

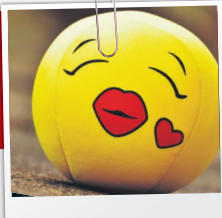
Und kurz vor der Wahl...

Im ganz großen Rahmen wurde am 25. Juli, etwa zweieinhalb Monate vor der Nationalratswahl, der „Masterplan für den ländlichen Raum“ präsentiert. In über 50 Tagungen, Workshops und Expertengesprächen haben mehr als 3.000 Teilnehmer die zukünftige Entwicklung des ländlichen Raumes erarbeitet. Peter Filzmaier und Gottfried



Haber, Donau-Universität Krems, haben dieses Projekt wissenschaftlich begleitet. „Wir brauchen mehr Chancengerechtigkeit für Österreichs Regionen, wir wollen mehr Zukunftsperspektiven für Menschen am Land“, so Bundesminister Andrä Rupprechter anlässlich der Präsentation des „Masterplans“. Der Minister weiter: „Bund, Länder und Gemeinden sind jetzt am Ball, um die erarbeiteten Maßnahmen und Anliegen Schritt für Schritt umzusetzen.“ Dass der ländliche Raum besonderer Maßnahmen bedarf, das ist nicht erst seit gestern bekannt. Und nicht erst seit gestern sitzt die ÖVP in der Regierung. „Am Abend werden die Faulen fleißig“, besagt ein altes Sprichwort.

Heiße Botschaften digital geflüstert



Die vom Wiener Jung-Unternehmer Florian Gutmann 2016 ins Leben gerufene App „whisper“ expandiert nach Deutschland, Tschechien und in die Slowakei. Turteltäubchen schicken sich dort nicht mehr Textnachrichten, sondern oft heiße Sprachbotschaften.

So spottet Grünen-Fan über Österreich-Flagge



Mit einem Twitter-Eintrag sorgte die Wiener Grünen-Unterstützerin Anja M. für Entsetzen. Sie veröffentlichte ein Foto mit Fanartikeln in Österreichs Nationalfarben, nannte sie „Brennmaterial“. Zahlreiche Bürger beschwerten sich bei den Grünen.

Mehr als 100.000 illegale Asylwerber kamen allein in diesem Jahr nach Italien. In Italien herrscht inzwischen akuter Ausnahmezustand, viele Afrikaner begeben sich auf den Weg Richtung Österreich und Deutschland. ▷

FPÖ: „Österreicher verdienen Fairness“

Mehr als 7.000 Besucher kamen im Rahmen der Fairness-Tour nach Wels. Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache schwor seine Unterstützer auf ein Ende der rot-schwarzen Regierung ein. „Unsere Heimat darf uns nicht gestohlen und geraubt werden“, hob Strache hervor. Neben ihm waren u.a. die FPÖ-Politiker Manfred Haimbuchner und Norbert Hofer vor Ort. Österreich befinde sich in einer akuten „Fairness-Krise“, betonten sie. „Wirtschaftsflüchtlingen und Asylanten, die niemals gearbeitet haben und nie ins Sozialsystem eingezahlt haben, wird von SPÖ, ÖVP und Grünen die Mindestsicherung hinterher geworfen. Pensionisten jedoch müssen mit 940 Euro im Durchschnitt auskommen“, kritisierte Strache vor der applaudierenden Menge.



Einfallstore für illegale Einwanderer noch offen Die Grenzen Österreichs sind „löchrig wie Schweizer Käse“

Reichlich Aufsehen erregte im September der Fall eines nigerianischen Asylwerbers ohne Aufenthaltsrecht. Bereits zwei Wochen nach seiner Abschiebung durch die heimische Exekutive tauchte der amtsbekannte Drogendealer wieder in Oberösterreich auf.

Aus Sicht von Oberösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner zeigt sich an diesem Beispiel, dass Österreichs Grenzen „löchrig wie Schweizer Käse“ sind. Deutliche Kritik übte der freiheitliche Landesparteiobmann an der für Abschiebungen sowie Grenzsicherungen verantwortlichen rot-schwarzen Bundesregierung. Diese würde ihrer Pflicht, für ausreichend Sicherheit im Land zu sorgen, nicht ausreichend nachkommen. Der Landeshauptmann-Stellvertreter betont, dass deshalb „die Wiedereinführung des Assistenzeinsatzes nötig“ sei. „Schengen ist gescheitert, daher

müssen alle Grenzen unseres Landes kontrolliert werden. Die derzeit durchgeführten Kontrollen sind reine Placebo-Aktionen, um die Menschen zu beruhigen und ihnen das Gefühl von Sicherheit zu geben“, unterstreicht Haimbuchner. In den vergangenen Wochen häuften sich Medienberichte, laut denen die Grenze am Brenner von illegalen Einwanderern – aufgrund kaum vorhandener Kontrollen – leicht überwunden werden kann. In unserem Nachbarland Italien kam es wiederholt zu Ausschreitungen durch schwarzafrikanische Einwanderer, die sich oft auf den Weg nach Norden begeben. Als die

italienische Polizei in Rom eine seit fünf Jahren illegal bezogene Asyl-Unterkunft räumen wollte, lieferten sich rund 100 Migranten eine Straßenschlacht mit den Exekutivbeamten. Auch die Zahl der Vergewaltigungen erhöht sich in erschreckendem Ausmaß.

In Rimini misshandelten ein Asylwerber aus Nigeria sowie afrikanischstämmige Einwanderer der zweiten Generation eine junge Polin mehrfach. Im beliebten italienischen Badeort Jesolo vergewaltigte ein 25-jähriger Marokkaner sogar eine Minderjährige. Viele Österreicher befürchten nun ähnliche Zustände in ihrem Heimatland. Haimbuchner betont vor diesem Hintergrund: „Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir wissen, wer in unser Land kommt.“

„Genussland OÖ“ begeistert Linz



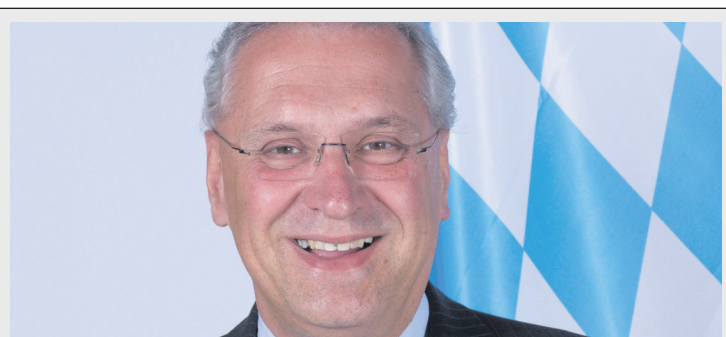
Rund 300.000 Gäste verzeichnete die oberösterreichische „Genusslandstraße“ in der Linzer Innenstadt am 15. und 16. September – trotz des Regenwetters. Landwirtschaftliche Direktvermarkter und Manufakturen aus der Region boten vielerlei Schmankerl an.

Foto: li. u. re.: pixabay

Linz: Messerkampf zwischen Ausländern



Am Samstag gerieten ein Ägypter, ein Afghane und ein Syrer auf dem Linzer Taubenmarkt aneinander. Der Afghane erlitt einen Messerstich, wurde an der Unterlippe verletzt – Spital. Ob es sich um ethnische Bandenrivalitäten handelte, bleibt noch unklar.



Bayern: Vergewaltigungen um 48 Prozent angestiegen

Zwei Vergewaltigungen erschütterten in den vergangenen Wochen Bayern. Im oberbayerischen Riedering vergewaltigte ein mutmaßlich nigerianischer Asylwerber eine Joggerin brutal, in Höhenkirchen-Siegertsbrunn sollen zwei Afghanen eine 16-jährige geschändet haben. Das bayerische Innenministerium

bestätigte nun die beängstigende Entwicklung: Demnach stieg im ersten Halbjahr 2017 die Zahl der Vergewaltigungen um 48 Prozent, so CSU-Innenminister Joachim Herrmann (CSU, Bild). Ein Fünftel der akut Tatverdächtigen sind nichtdeutsche Staatsbürger, bei den Zuwanderern verdoppelte sich die Zahl beinahe.

Foto: Wikimedia, Sven Teschke / Lizenz: Creative Commons CC-by-sa-3.0

Rund ein Drittel der Täter sind Ausländer

Wie aktuelle Zahlen des Innenministeriums belegen, hat auch in Oberösterreich die Kriminalität spürbar zugenommen. Aus den Antworten auf fünf parlamentarische Anfragen der FPÖ geht hervor, dass die Gesamtkriminalität von 62.666 Straftaten im Jahr 2015 auf 66.241 Straftaten im Jahr 2016 gestiegen ist. Das entspricht einem Anstieg von 5,7 Prozent innerhalb eines Jahres. Innenpolitik-Experten machen dafür vor allem die mangelhafte Abschiebep Praxis der zuständigen rot-schwarzen Bundesregierung verantwortlich. Denn ausländische Staatsbürger haben laut offiziellen Daten einen Anteil von 31,3 Prozent an allen Straftaten. Dabei begehen

Asylwerber im Schnitt 20mal häufiger Sex-Attacken als der Durchschnitt. „Die Vorgänge am Linzer Hauptbahnhof sind nur ein Beispiel für das schwindende Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung“, betonen Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner sowie Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek. Haimbuchner betont mit Blick auf die Bundesregierung: „Der Staat muss seine erste und wichtigste Aufgabe, die Sicherheit und Unversehrtheit seiner Bürger zu gewährleisten, wieder ernst nehmen. Die unangenehme Wahrheit, dass mit der illegalen Massenzuwanderung der letzten Jahre auch Kriminalität importiert wurde, darf kein Tabu sein.“

LR Steinkellner: „Wichtig für ganzen Zentralraum“ Baufreigabe für Westring

Der Bau des Linzer Westrings kann beginnen: Das entsprechende Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verfahren wurde vom Bundesverwaltungsgericht positiv abgeschlossen. Die neue 4,7 Kilometer lange A26 soll vor allem zu einer massiven Entlastung für Pendler aus dem Mühlviertel führen. Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner (FPÖ), der die Realisierung des Mega-Projekts vorantreibt, betont: „Ich habe mich immer für den Bau des We-



Foto: Land OÖ

strings eingesetzt und jetzt kann dieses wichtige Projekt für Linz und den ganzen Zentralraum endlich gestartet werden. Das Projekt wird eindeutig zur Entlastung der Verkehrssituation in Linz beitragen und hat daher eine große Bedeutung für die Wirtschaft und unsere Bürger.“ Auf der B127 (Rohrbacherstraße) wurden bereits Leitungen verlegt. Der Radweg nach Puchenau wird ebenfalls vorab verlegt, Planungen für die

Ausschreibungen der Hauptbauleistungen wurden bereits abgeschlossen. Der Hauptbau beginnt voraussichtlich schon im 3. Quartal 2018. Die Errichtung des Westrings soll dabei in drei Etappen erfolgen. Die erste Etappe umfasst die Donaubrücke inklusive der Anschlüsse an die B127 und B129, die zweite Etappe u.a. den Tunnel Freinberg sowie die Unterflurtrasse Waldeggstraße, die dritte Etappe die Westbrücke, die zugleich die Lücke zur A7 schließt. 2022 wird aller Voraussicht nach die erste Etappe für den Verkehr freigegeben.

Foto: Land OÖ



LR Podgorschek: Bürgerwillen achten!

Angesichts einer aktuellen Umfrage über Gemeindefusionen mahnt Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek (FPÖ), der auch für die Gemeindefusionen verantwortlich ist, eine stärkere Berücksichtigung des Bürgerwillens an. Viele Oberösterreicher würden Gemeindefusionen befürworten. „Dieser Wille zu Veränderungen“ müsse von der Politik ernst genommen werden.

Linz: Afrikaner prügeln Kellner ins Spital

Weil der 45-jährige Kellner Norbert H. beim Linzer Schillerpark am 10. September mehrere Afrikaner um Ruhe bat, prügeln ihn diese brutal zusammen. Die Täter flüchteten laut Augenzeugen mit einem Taxi. H. musste im Unfallkrankenhaus behandelt werden.

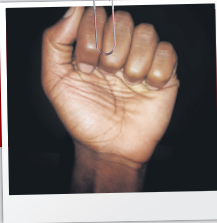


Foto: pixabay

Taufkirchen: Sauna geht in Flammen auf

Während eines Fußballspiels in Taufkirchen an der Pram brach am 14. September im nahen Vereinslokal ein Brand aus. Das Feuer entstand offenbar in der Sauna, es verbrannte u.a. die Bekleidung von 15 Spielern. Die Brandursache blieb vorerst unklar.



Foto: pixabay

Kündigung wegen Asyl-Kritik Aus für „EU-Bauer“

Für Aufsehen sorgte ein Facebook-Kommentar des beliebten, als „EU-Bauer“ beim Villacher Fasching bekannt gewordenen Kabarettisten Manfred Tisal. Tisal hatte seinen Unmut über vom österreichischen Steuerzahler geförderte „Asylanten mit Adidas-Schuhen, Nike-Leibn und Diesel-Jeans“ geäußert. Wirtschaftsflüchtlinge seien „politisch legitimierte Sozialschmarotzer“. Wenig später erhielt er vom durch Zwangsgebühren finanzierten ORF, der einst Beiträge von Tisal ausgestrahlt hatte, eine Absage. Doch der „EU-Bauer“ gab nicht klein bei, will standhaft bleiben.



Foto: Screenshot Youtube



Foto: Land 00

Verteidigungsminister Doskozil Balkan-Route noch

Bereits Sebastian Kurz' Glückwünsche zum umstrittenen islamischen Blut-Opferfest „Eid al-Adha“ weckten Kritik. Bei dem traditionellen, feierlich begangenen Ritual sterben weltweit tausende Tiere jährlich einen zumeist sehr qualvollen Tod, da sie in der Regel ohne Betäubung verbluten müssen. Jetzt wurde zudem öffentlich, dass das Versprechen des ÖVP-Außen- und Integrationsministers, die Balkanroute sei für illegale Asylwerber geschlossen worden, offenbar nicht zutreffend ist. Verteidigungs-

minister Hans Peter Doskozil erklärte Mitte September in einem Interview mit der deutschen Tageszeitung „Die Welt“: „Die Balkanroute ist immer noch nicht gänzlich geschlossen.“ Er gehe davon aus, dass von insgesamt 12.000 Migrantinnen, die heuer in Österreich Asyl beantragt hätten, rund 8.000 über die berühmte Balkan-Route gekommen seien. Die meisten der Asylwerber hätten dabei die Route über Rumänien und Bulgarien in Richtung Slowakei gewählt. Pikant dabei: Noch Anfang diesen Jahres

Foto: Flickr, Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Dragan Tatic, CC BY 2.0

Sicherheit: LR Steinkellner stoppt „Asyl-Schülerlotsen“

Nach einem Machtwort des Verkehrs-Landesrats Günther Steinkellner (FPÖ) wurde der Einsatz von Asylwerbern als Schülerlotsen in Vöcklabruck vorläufig gestoppt. Zuvor hatte die oberösterreichische Zeitung „Wochenblick“ mehrfach berichtet, dass u.a. auf Initiative von Integrations-Landesrat Rudi Anschober (Grüne) hin zehn Asylwerber in der Stadt Kinder über die Straße führen sollten. Besorgte Eltern kritisierten, dass eine polizeiliche Vorab-Kontrolle der Asylwerber nicht vollumfassend erfolgt sei. Steinkellner hatte bekräftigt, dass er „keine Experimente an unseren Kindern“ wünsche. Der zuständige ÖVP-Bürgermeister Herbert Brunsteiner hatte die Asyl-Schülerlotsen nun vorerst – zwecks juristischer Überprüfung – „aus dem Verkehr genommen“.

Foto: Land 00

Immer mehr Ausländer „in Mindestsicherung“



„Prognosen zufolge werden die BMS-Kosten 2017 erstmals die 50-Millionen-Euro-Marke überschreiten“, betont der FP-Klubobmann im ö. Landtag Herwig Mahr. Seit Mitte 2015 sinke die Zahl österreichischer Bezieher, während immer mehr Ausländer BMS beziehen.

Foto: pixabay

Baubeginn für Donau-Brücke diesen Herbst



Nachdem die letzten Finanzierungsbeschlüsse getroffen wurden, kann der Bau der Neuen Donaubrücke in Linz bald beginnen. Bauherr und Eigentümer ist die Stadt Linz. Die Fertigstellung soll – im Rahmen von insgesamt zwölf Bauphasen – bis 2020 erfolgen.

Foto: Marc Mimram Architects

Problematik jahrelang ignoriert:

Parkplatzsperre in Urfahr laut Gutachten notwendig

Der bisherige Gratis-Parkplatz am Urfahrer Jahrmarktgelände sorgt für reichlich Diskussionsstoff. Während SPÖ und FPÖ sich gegen das Gratis-Parken ausgesprochen haben, herrscht in der Linzer ÖVP laut Medienberichten Uneinigkeit. Denn während man 2011 noch den Urfahrer Markt nicht mehr „als Parkplatz verkommen lassen“ wollte, setzt sich die Parteispitze nun offiziell für den Erhalt des Gratis-Parkens ein. Doch nun gibt es bald gar keinen Parkplatz mehr: Laut einem aktuellen, eigens angeforderten Gutachten einer renommierten Linzer Anwaltskanzlei ist das Abstellen von Kraftfahrzeugen – egal ob unentgeltlich oder nicht – rechtswidrig. Dies gehe aus den widmungsrechtlichen

Grundlagen des Urfahrer Jahrmarktes eindeutig hervor. Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) und Verkehrstadtrat Markus Hein (FPÖ) haben bereits für die Zeit nach dem Herbstmarkt eine Sperre angekündigt. Kritiker bemängeln, dass die Aufsichtsbehörde des Landes Oberösterreich bereits seit vielen Jahren von der rechtlichen Problematik gewusst und diese nicht öffentlich thematisiert habe. Inzwischen wäre eine Umwidmung zum Parkplatz wahrscheinlich mit einem langen Rechtsstreit hinsichtlich der Umweltverträglichkeitsprüfung verbunden, betont Hein. Er setzt sich für dafür ein, dass in den Linzer Umlandgemeinden frühestmöglich Park&Ride-Anlagen für Pendler errichtet werden.

packt jetzt aus: nicht geschlossen

hatte Kurz in einem Interview mit der deutschen „ARD“ bekräftigt: „Die Schließung der Balkanroute hat funktioniert.“ Doch nun widersprechen Asyl-Experten dieser Einschätzung. Zunehmend würden Schlepper Ausweichrouten über das Schwarze Meer Richtung Rumänien suchen. Die Regierung des Balkan-Staats warnt, dass der Flüchtlingsstrom erneut stark ansteigen würde, die rumänische Küstenwache griff im September hunderte Asylwerber auf. Entlang der zentralen Mittelmeer-Route lässt hin-

gegen der Migrationsdruck langsam nach. Zu verdanken sei dies laut Medienberichten in erster Linie der libyschen Küstenwache, die jetzt entschlossen gegen Schlepper an der eigenen Küste vorgeht, die illegale Einwanderer zur Rückreise auffordert und deren Boote verbrennt. Die Zahl der im Mittelmeer ertrinkenden Flüchtlinge ist seitdem spürbar zurückgegangen und tendiert gegen Null. Gestiegen ist dagegen die Zahl der illegalen Einwanderer, die über Marokko und Spanien den Weg nach Europa wählen.

Foto: FPÖ / Andreas Rabl

Arbeitslosigkeit auf Rekord-Tief: Wels macht's vor

Mit einem landesweit einmaligen Wert beim Rückgang der Arbeitslosigkeit kann Wels aufwarten. Während seit August 2016 in Oberösterreich insgesamt die Arbeitslosigkeit „nur“ um 5,1 Prozent zurückging, vermeldet die Bezirksstelle des Arbeitsmarktservices (AMS) in Wels einen Rückgang der Arbeitslosen-Zahl

von 9,2 Prozent. Das sind 436 Personen weniger als im August des Vorjahres. 865 Personen sind zudem beim Welser AMS für die Aus- und Weiterbildung registriert. „Wels ist tatsächlich anders!“, freut sich Andreas Rabl (FPÖ), der seit 2015 Bürgermeister ist.





Lebensmittelskandale und die Gefahren Sind wir Industrie und

„Du bist was du isst!“, dieser Spruch macht unmissverständlich klar, wie wichtig die Ernährung und die Lebensmittelsicherheit für den Menschen ist. „Lebensmittel sind heute so sicher wie noch nie, trotzdem vergeht kaum ein Jahr ohne ‚Lebensmittelskandal‘“, schreibt Univ.-Doz. Dr. Ingrid Kiefer, AGES, im Journal für Ernährungsmedizin. Woran liegt das?

Glykol im Wein, BSE, Dioxin in Schweinefleisch, Gammelfleisch, melaminverseuchte Babymilch, Analogkäse, Schumfisch, Listerienquargel, EHEC und der Pferdefleischskandal, das waren die großen Lebensmittelskandale der jüngeren Vergangenheit. Salmonellen in Fleisch und Eierspeisen oder *Campylobacter* in Hühnerfleisch sind hygienebedingte Gefahren, die immer wieder Todesopfer fordern. Aktuell verunsichert das „Gift-Ei“ die Konsumenten: „In 50 Proben (Anm: ca. 20 Prozent) aus dem Großhandel wurde Fipronil nachgewiesen. Die Produkte stammen aus Deutschland, den Niederlanden, Dänemark und Belgien. Die gemessenen Werte lagen zwischen 0,003 und 0,1 mg/kg und somit weit unter dem Wert von 1,2 mg/kg, der in Belgien gemessen wurde [...]. Es besteht somit keine Gesundheitsgefahr, weder akut noch wenn belastete Produkte über einen längeren Zeitraum gegessen worden wären. Laut europäischer gesetzlicher Regelung ist ein Rückstandshöchst-

gehalt von 0,005 mg/kg Fipronil erlaubt. Diesen Höchstwert haben insgesamt 18 Proben überschritten. Diese Produkte dürfen somit nicht in Verkehr gebracht werden“, veröffentlichte die AGES (Stand 11.09.2017).

Insektenmittel Fipronil

Fipronil wirkt gegen Ektoparasiten wie Flöhe, Haarlinge, Tierläuse, Zecken und Milben. Die Anwendung von Fipronil bei Lebensmittel liefernden Tieren ist europaweit verboten. Der Einsatz zur Behandlung von Haustieren und als Pflanzenschutzmittel, zum Beispiel zur Drahtwurm-Bekämpfung im Kartoffelbau, war bislang nicht europaweit verboten. „Im aktuellen Fall haben viele Landwirte in Belgien und den Niederlanden und auch in Deutschland ein Mittel mit Fipronil eingesetzt, allerdings wohl ohne zu wissen, dass es das Insektenmittel illegalerweise enthält. Sie verwendeten Dega-16, ein homöopathisches Mittel aus ätheri-

schen Ölen, das gegen die Rote Vogelmilbe helfen soll“, berichtete „agrarheute.com“. Die niederländische Reinigungsfirma Chickenfriend und die belgische Firma Poultry-Vision, die Dega-16 herstellt, stehen deshalb unter Verdacht, illegal gehandelt zu haben. Die Deutsche Presseagentur berichtete Anfang August, dass der in Verfall geratene Wirkstoff Fipronil ab Anfang Oktober nun auch nicht mehr als Pflanzenschutzmittel verwendet werden dürfe. Eine Sprecherin der EU-Kommission bestätigte, dass die entsprechende Genehmigung am 30. September auslaufe und ein Antrag auf Verlängerung sei nicht gestellt worden.

Die Rolle der Medien

„Die Medien spielen eine zentrale Rolle im Verlauf eines Lebensmittelskandals, da sie die Verbindung zwischen der technischen Verunreinigung und dem Konsumentenbewusstsein herstellen: je umfangreicher und ausdauernder die Berichterstattung, umso größer und gewichtiger wird der Skandal von der Öffentlichkeit wahrgenommen“, ist in einem Bericht des Deutschen Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zu lesen. In der Regel werde nicht



◁ Glückliche und zufriedene Tiere haben ihren festen Platz in der Werbung. Oft hat das mit der Realität in der Lebensmittelerzeugung nur wenig zu tun.

Der „Pferdefleischskandal“ liegt noch nicht allzu lange zurück. Kritiker machten damals vor allem Profitgier und Preisdumping für derartige Skandale verantwortlich. ▷



Jetzt sorgt das „Gift-Ei“ bei den Konsumenten für Verunsicherung. „Analog-Käse“ und „Schimmelschinken“ gerieten weitgehend wieder in Vergessenheit. ▷



der Globalisierung unserer Nahrung

Handel ausgeliefert?

länger als drei Monate über einen Skandal berichtet. „Dies legt den allgemeinen Eindruck nahe, dass sich bis auf wenige Ausnahmen das Interesse der Medien am Problem in der Wertschöpfungskette recht schnell erschöpft“, so das deutsche Ministerium. Steht's nicht mehr in der Zeitung, ist alles wieder gut, oder doch nicht?

Immer das selbe Spiel

Was alle Lebensmittelskandale eint, ist, dass nach jedem Skandal neue Masterpläne geschmiedet und Gesetze angepasst oder erlassen werden. Nicht alle Lebensmittelskandale sind lebensgefährlich, doch alle machen dem Konsumenten Angst. Skandale würden beim Konsumenten unter anderem zu „wachsendem Misstrauen und dem Gefühl, Industrie und Handel ausgeliefert zu sein“ führen, so DI Dr. Klaus Dürrschmid, Lebensmittelforscher der Universität für Bodenkultur.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schreibt in einem Text zum Thema „Komplexität der Lebensmittelkette erhöht Ge-

fahren für die Lebensmittelsicherheit“ folgendes: „Unsere Lebensmittelkette ist heute länger und komplexer als je zuvor, und demografische, kulturelle, ökonomische und umweltrelevante Entwicklungen – wie die Globalisierung von Handel, Reiseverkehr und Migrationsströmen, die Bevölkerungsalterung, sich verändernde Konsummuster und -gewohnheiten, [...] – haben eine Erhöhung der lebensmittelbedingten Gesundheitsrisiken zur Folge.“ Die Globalisierung gefährdet demnach die Lebensmittelsicherheit! Und dennoch wird sie vorangetrieben und uns als etwas Positives verkauft. Alles Erdenkliche, unabhängig von der Jahreszeit, kann

man heute in den Supermärkten kaufen. Ein Angebot jagt das andere. Die Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung haben sich zusätzlich in den vergangenen 50 Jahren stark geändert. Viele Konsumenten sind zwar gegen Massentierhaltung, bei der der Einsatz von Medikamenten und Desinfektionsmitteln unumgänglich ist, dennoch unterstützen sie diese mit

dem Kauf von Billigprodukten. Außerdem greifen immer mehr Menschen auf Fertig- und Halbfertigprodukte zurück. Die genaue Herkunft der verarbeiteten Produkte muss nicht angegeben werden. Obwohl der Kunde ein Interesse daran hat, wo diese Produkte ihren Ursprung haben, ist eine Kennzeichnung auf europäischer Ebene nicht erwünscht.

Mehr Transparenz gefordert

„Der Konsument hat das Recht zu wissen, woher die Produkte stammen, die er kauft. Ohne Ausnahme! Wir Freiheitliche Bauern fordern das seit Jahren! Auch wenn die SPÖ-Gesundheitsministerin durch den Fipronil-Skandal scheinbar zur Einsicht kam, hoffen wir, dass es sich dabei nicht um einen Wahlkampf-Schmäh handelt. Aktuell kann nur auf Grund von Handelsströmen vermutet werden, wo die verarbeiteten Produkte produziert wurden. Quasi nach dem Zufallsprinzip werden dann Stichproben untersucht. Wir dürfen uns das nicht länger gefallen lassen! Werden Grenzwerte überschritten, muss es möglich sein, sämtliche betroffene Produkte sofort aus dem Handel zu ziehen!“, so LAbg. Franz Graf, Obmann der Freiheitlichen Bauern OÖ.

Der Konsument hat das Recht zu wissen, woher die Produkte stammen, die er kauft

FB-Obmann Ing. Franz Graf



Aus dem Landhaus

Die Rückkehr zum Eigenen

Brauchtum und Traditionspflege geben uns Halt und Orientierung in einer zunehmend hektischeren und globalisierten Welt. Der Alpenraum ist hier noch in einer glücklichen Lage, denn unsere bäuerlichen, ländlichen und christlichen Bräuche und Feste werden noch immer generationsübergreifend gepflegt.

Die Schnelligkeit der digitalen Gesellschaft und die zunehmende Entwurzelung sorgen dafür, dass immer mehr Menschen verbindliche Zugehörigkeit, verlässliche Gemeinschaft und ein

Manfred Haimbuchner

echtes Heimatgefühl suchen. Diesen Trend beobachten Brauchtumsforscher im gesamten Alpenraum. In diversen Studien erweisen sich gerade Menschen zwischen 14-29 Jahren als erstaunlich konservativ in ihren Wertvorstellungen. Befragungen zeigen, dass beinahe neun von zehn Österreichern die Wahrung und Pflege der heimischen Bräuche für zumindest einigermaßen wichtig halten.

Doch diese Traditionen und Bräuche sind auch in Gefahr. Massenhafte Zuwanderung aus dem Islam gefährdet unsere oftmals christlich geprägten Bräuche. Das zeigen etwa die regelmäßigen Diskussionen um Nikolausfeste an Kindergärten oder Kreuzfixen in Schulen und im öffentlichen Raum. Unsere Traditionen und unser Brauchtum sind daher nicht nur etwas Selbstverständliches, sondern müssen auch selbstbewusst verteidigt und gelebt werden. Wer in unsere Heimat kommt, der muss unsere Bräuche akzeptieren, oder er hat in Österreich nichts verloren!



Über 300 Almen gibt es in Oberösterreich: Jetzt ist die Zeit der Almabtriebe

Die Herbstzeit ist auch die Zeit für den alljährlichen Almabtrieb des Viehs. Von über 300 oberösterreichischen Almen kehrt das Vieh dann festlich geschmückt von den Bergweiden zurück in die Winterstallungen. Die Almabtriebe finden in der Regel zwischen Mitte September und Mitte Oktober statt, bevorzugt um den Michaelitag (29. September). Wer sich einen Almabtrieb ansehen möchte, findet nähere Informationen unter www.oberoesterreich.at.

Bad Ischl: Salzkammergut-Lokalbahn Sonderausstellung

Am 30. September 1957 passierte die Salzkammergut-Lokalbahn zum letzten Mal die Strecke zwischen Salzburg und Bad Ischl. Eine bewegte Geschichte von der Gründung bis zur Einstellung fand damit ihr Ende.

Das Museum der Stadt Bad Ischl erinnert in einer Sonderausstellung an die Zeit der Bahn, deren



Foto: pixabay

erste Teilstrecke bereits 1890 eröffnet wurde, mit der auch Kaiser Franz Joseph gefahren ist, und die ein so jähes Ende genommen hat. Mit einer Länge von 66,9 Kilometer, entlang einer romantischen Trasse, war sie nicht nur Verkehrsverbindung sondern auch eine Bereicherung für den Fremdenverkehr. Sechs Tunnel, 24 kühne Brücken unterstrichen auch den gebirgigen Charakter der Bahn. Wie verankert die Bahn in der Bevölkerung ist, beweist auch die Tatsache, dass es seit 2005 Bestrebungen zu einer Revitalisierung gibt. Weitere Informationen gibt es unter:

www.stadtmuseum.at

Lebensmittelabfälle sind oft vermeidbar

Das Österreichische Ökologie-Institut hat heuer das erste Mal Zahlen zur Abfallvermeidung in der österreichischen Lebensmittelproduktion präsentiert. Demnach fielen vermeidbare Abfälle entlang der gesamten Wertschöpfungskette an: von der Landwirtschaft, Produktion, Handel, Gastronomie bis hin zu den Haushalten. Das sind laut der Erhebung derzeit jährlich 577.000 Tonnen. Davon entfielen 121.800 Tonnen allein auf die Lebensmittelproduktion.

Ursachen für das Entstehen von vermeidbaren Lebensmittelabfällen sind Herstellungsprozesse, Retourwaren, Fehl- und

Überproduktionen, Qualitätssicherung wie Rückstellmuster und Laborproben, Transport- und Lagerungsschäden.

An bestimmten Schrauben dieser Ursachen wird von diversen Unternehmen bereits gedreht, um Abfälle zu vermeiden: Investition in effiziente Technologie, Kontrolle der Lagerstände, Zielvorgaben und Monitoring von Retourwaren oder Spenden an soziale Einrichtungen.



Foto: pixabay



Darum

Der Brauch des Erntedanks ist eine uralte Tradition in Gesellschaften, die bäuerlich geprägt sind. Schon in vorchristlicher Zeit dankte man den Gottheiten für gute Ernten. Nach der Christianisierung ist das Erntedankfest seit dem 3. Jahrhundert als christliches Fest belegt. Doch auch in gänzlich anderen Kulturkreisen ist der Brauch des Erntedankes bekannt, so etwa in Süd- und Ostasien wo man auch im Frühjahr für eine gute Ernte betet. In unseren heimischen Pfarren wird das Fest zu

Gstanzlsingen im Salzkammergut



Am Samstag, den 28. Oktober 2017 wird unter dem Titel „Gstanzl, Tanz und Päschen“ zur vielfältigen Darbietung des Gstanzlsingens in das Kongress- und Theaterhaus Bad Ischl eingeladen. Kartenvorverkauf unter Tourismusverband Bad Ischl Tel.: 06132/27757.

Foto: pixabay

Kastanienfest lockt nach Unterach



Das traditionelle Kastanienfest in Unterach findet vom 21. bis 22. Oktober statt. Beim Fest präsentieren Gastronomen und Vereine an den Ständen Köstlichkeiten rund um die Kastanie. Das Fest bietet außerdem ein umfangreiches, musikalisches Rahmenprogramm.

Foto: pixabay



feiern wir Erntedank

unterschiedlichen Zeiten begannen, meist zwischen Ende September und Ende Oktober an einem Sonntag im Rahmen des Gottesdienstes mit anschließender Prozession und Feier. Es soll nicht nur Dank gezeigt, sondern auch daran erinnert werden, dass es nicht allein in der Hand des Menschen liegt, über ausreichend Nahrung zu verfügen.

Spätestens seit dem 18. Jahrhundert gibt es den weltlichen Brauch des bäuerlichen Arbeitslebens, bei dem das Gesinde den Bauern nach Ab-

schluss der Ernte einen Kranz aus geflochtenem Getreide (Erntekrone) überreichte und daraufhin ein Festessen serviert bekam.

Auch heute findet in vielen Gemeinden ein Umzug oder eine Prozession mit der Erntekrone statt. Begleitet wird der Umzug oft durch Musiker, aber auch Kindergartenkinder und Schulkinder nehmen daran teil, ebenso Ministranten, Trachtengruppen und die Bauern- bzw. Jägerschaft. Manche Gemeinden veranstalten Erntedank als ein großes Fest, das schon

mit dem Frühschoppen eingeleitet wird. Alle Teilnehmer bringen Körbe mit und erbiten die Segnung der Ernte.

Die Erntekrone besteht aus einem Kranz mit vier nach oben aufwärts zur Mitte gebundenen Getreideähren, die mit Blumen und bunten breiten Bändern, oft in den Landesfarben, verziert werden. Die Kronengröße variiert und hängt vom Zweck der Darbietung ab. Allgemein ist die Größe so gewählt, dass ein Transport bei Erntefestumzügen auf einem Fuhrwerk oder LKW möglich ist.

Foto: pixabay

Schweinsschulter mit Maroni

Zutaten für vier Personen:

300g	Maroni
800g	Schweinsschulter
50g	Zucker
1EL	Butter
500ml	Brühe
5Stk.	Kartoffeln

Zubereitung:

Die gedörrten Maroni über Nacht in kaltem Wasser einweichen. Das Fleisch in einem großen Topf kalt aufsetzen. Das Wasser langsam zum Kochen bringen. Bei niedriger Hitze mit aufgesetzem Deckel rund 50 Minuten köcheln lassen. Anschließend das Fleisch herausnehmen und abtropfen lassen.

Den Zucker in einen großen Bräter geben und bei mittlerer Hitze schmelzen, dabei ständig rühren. Den verflüssigten Zucker immer zur Pfannenmitte rühren und keinesfalls anbrennen lassen. Die Butter zufügen und ständigiterrühren, bis das Karamell goldbraun ist. Anschließend die Maroni dazugeben und den Bräter mehrmals schwenken. Mit der Brühe ablöschen. Das Fleisch auf den Maroni platzieren, Bräter abdecken und weitere 40 Minuten bei mittlerer Hitze garen.

In der Zwischenzeit die Kartoffeln schälen und je nach Größe halbieren oder in Viertel schneiden. Nach 15 Minuten Garzeit mit in den Bräter geben und mit ein wenig Brühe übergießen. Alles auf vorgewärmten Tellern anrichten und servieren.

Ein Forum für uns Bauern

Ihre Meinung zählt - schicken
Sie uns Leserbriefe an:
leserbriefe@derfreiebauer.info



Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich

Impressum: Medieninhaber (100%) und Herausgeber: Der Freie Bauer - Freiheitliche Bauernschaft OÖ, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, ZVR: 869893862, Chefredakteur: Ing Franz Graf, Kontakt und Leserbriefe: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info, Kontakt Inserate: anzeigen@derfreiebauer.info

Die Maispreise lassen nun abermals nach



Kurz vor der Maisernte lassen die Preise an der Börse nochmals nach. Trotzdem könnte die Menge im Alpenraum knapp werden. Vor allem im Osten litten die Maisbestände an der Trockenheit. Die weiteren Auswirkungen auf den Preis sind aber noch unklar.



Eigenversorgungsfähigkeit sinkt Getreideimporte

Die Eigenversorgungsfähigkeit Österreichs nimmt immer mehr ab. Damit steigen Jahr für Jahr die Getreideimporte. Grund sind vor allem die Veränderung des Wetters, der steigende Inlandsbedarf und der Verlust landwirtschaftlicher Fläche durch die Bodenversiegelung. Laut Statistik Austria ist die Fähigkeit zur Eigenversorgung in nur sechs Jahren auf 88 Prozent abgestürzt.

Die schwache Ernte 2017 wird diesen Trend nochmals verstärkt haben. Das heurige Jahr brachte laut Agrarmarkt Austria eine Getreideernte von 4,7 Millionen Tonnen. Das sind satte 22 Prozent weniger als im – wenn auch sehr guten – Erntejahr 2016.

Die Entwicklung wird immer besorgniserregender, wenn man dazu auch nichts aus

dem ÖVP-geführten Agrarministerium hört: Im Jahr 2008 etwa hat Österreich noch mehr Getreide exportiert als importiert. Nur knapp zehn Jahre später führen wir heute doppelt so viel ein, wie stattdessen ausgeführt wird. Der Großteil geht in die Futtermittelherstellung und die Industrie.

Der Verlust an Ackerland ist dabei ebenso alarmierend, wie die Wetteränderungen. Vor allem neue Gewerbegebiete, Straßen und Wohnbauten entstehen auf ehemaligen Ackerflächen, während die Zahl der Leerstände gleichzeitig steigt. Eine Fläche von rund 30 Fußballfeldern wird jeden Tag versiegelt, rechnet etwa die Hagelversicherung vor. Das führt in Summe dazu, dass Österreich aktuell 2,7 Mio. Tonnen Getreide einführt.

Foto: pixabay

Foto: pixabay



Wegen Trockenheit: Die Erdäpfelernte fällt heuer bedeutend geringer aus

Experten rechnen heuer mit maximal 60 bis 70 Prozent der ursprünglich geplanten Erdäpfelmenge. Vor allem die Trockenheit sorgte für erhebliche Ausfälle und geringe Erträge. Weniger als 20 Prozent der Anbauflächen können zudem effektiv bewässert werden. Besonders wichtig sei laut der Österreichischen Stärkekartoffelvereinigung der Anbau heimischer Züchtungen, die noch besser an den Standort angepasst und Trockenheitsresistenter seien.

Foto: pixabay

Frankreichs Umweltminister Hulot macht ernst: Zulassungsverlängerung von Glyphosat: Frankreich dagegen

Der französische Umweltminister Nicolas Hulot kündigte gegenüber der Agra-Presse an, dass sich Frankreich in der EU-Kommission gegen eine Zulassungsverlängerung von Glyphosat aussprechen werde.

Die Zulassung des Herbizidwirkstoffs läuft Ende des heurigen Jahres aus. Die EU-Kommission hatte sie 2015 verlängert, nachdem die 28 EU-Mitgliedstaaten in den zuständigen Ausschüssen zu keiner qualifizierten Mehrheit gekommen waren. Der aktuelle Vorschlag der Kommission sieht vor, die Zulassung um weitere zehn Jahre zu verlängern. Zuletzt hatte EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis deutlich gemacht, dass es keine Neuzu-

lassung ohne eine qualifizierte Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten geben werde. Damit solle sichergestellt werden, dass die Verantwortung für eine Neuzulassung des Herbizidwirkstoffs gemeinsam von den Mitgliedsstaaten getragen werde.

Heftige ablehnende Reaktionen gegen die Ankündigung des französischen Umweltministers gab es von verschiedenen landwirtschaftlichen Interessenvertretern, die sich gemeinsam in einem offenen Brief an Staatspräsident Emmanuel Macron wandten. Eine französische Position gegen die Neuzulassung des Wirkstoffs sei „nicht zu rechtfertigen“. Ein Verzicht auf Glyphosat ohne absehbare Alternative könnte für die Bran-

che einen wirtschaftlichen Verlust von annähernd einer Mrd. Euro bedeuten und würde die schwierige wirtschaftliche Situation der Bauern noch verschärfen.

Der Landwirtschaftsverband Coordination Rurale (CR) betonte, dass Glyphosat das wirtschaftlichste aller Pflanzenschutzmittel sei, hoch wirksam in geringen Konzentrationen und „wahrscheinlich eines der am wenigsten giftigen Herbizide“. Ein Wegfall würde die Bauern zwingen, auf andere Wirkstoffe mit höheren Dosierungen zurückzugreifen, was „ein Rückschritt für die Umwelt“ sei. CR forderte die Politik daher auf, sich von „ideologischen Zügeln“ bei diesem Thema zu lösen.

Ährensache



EHW verschoben

Es ist Aufgabe der EU und des österreichischen Staates, Wirtschaftspolitik auch in Sachen der Landwirtschaft zu betreiben, um Preise für Agrarrohstoffe im rechtlichen und sozialen Rahmen für die Landwirtschaft zu schaffen. Eine freie Preisgestaltung nach Angebot und Nachfrage hat eine Preisschwankung für Agrarrohstoffe von 30-40 Prozent zur Folge. Marktfruchtbetriebe als auch Rinder-, Schweine- und Milchbetriebe, haben in den letzten Jahren in Österreich nicht annähernd Preise erzielt, die die Erhaltung der Bauernhöfe langfristig sicherstellt. Und dennoch wur-

Alois Ganglmayr

den die Einheitswerte erhöht. Nach der derzeitigen Rechtslage sind die neuen land- und forstwirtschaftlichen Einheitswerte seit 1. Jänner 2017 in der bäuerlichen Sozialversicherung wirksam. Nach wie vor gibt es Verzögerungen bei der Versendung der Einheitswertbescheide, bei der Datenzusammenführung und anderen EDV-Anpassungen. Auch die schwierigen Verhältnisse des Wirtschaftsjahres 2017 mit Dürre, Sturmereignissen und den Borkenkäfer-Kalamitäten, sollten Beachtung finden. Als logische Konsequenz fordern wir Freiheitliche Bauern deshalb die zuständigen Bundesminister erneut auf, eine Verschiebung der Wirksamkeit der neuen Einheitswerte auf 1. Jänner 2018 zu veranlassen. Damit soll eine rückwirkende Nachverrechnung von Sozialversicherungsbeiträgen weitgehend vermieden werden. Ob diese Resolution nach Wien geschickt werden kann, hängt vom Stimmverhalten in der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ ab.



Foto: pixabay

Spürbar mehr Geld für gentechnikfreie Milch

Bei unserer heimischen Milch ist gentechnikfreie Milch Standard. Bei den deutschen Nachbarn macht sie hingegen gerade einmal 12 % aus. Die deutschen Milcherzeuger steigern aber die Produktion ständig, da die Preise für GVO-freie Milch deutlich höher liegen.



Foto: pixabay

Video: LK-Tirol klärt über „Killer-Kühe“ auf

Die Tiroler Landwirtschaftskammer klärt mit einem Video Alm-Wanderer über das richtige Verhalten gegenüber Kühen auf. So sollen die wichtigsten Verhaltensregeln erklärt und dazu beigetragen werden, die zuletzt steigende Unfallzahl zu verringern.

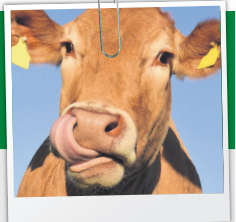


Foto: pixabay



Fleischexport nach Nahost im Sinken

Die führenden Schweinefleisch-Importeure China, Japan, Südkorea und Russland führten in der Summe von Januar bis Juni 2017 mit rund 2,4 Millionen Tonnen Fleisch zehn Prozent weniger ein als vor zwölf Monaten. Auslöser dieser Entwicklung ist der geringere Importbedarf Chinas. Der volumenmäßig größte Importeur ist mit einer Gesamtmenge von 1,3 Millionen Tonnen mit Abstand China.

Foto: pixabay

Trotz massiven Anstiegen bei den Butterpreisen: Bauern sehen davon wenig

Rund 1.000 österreichische Milchbauern haben im vergangenen Jahr den Betrieb eingestellt. Milchpreise von 26 Cent pro Liter konnten die Kosten für die Produktion nicht annähernd abdecken. „Für eine kostendeckende Produktion wären laut Landwirtschaftskammer 42 Cent pro Liter notwendig“, berichtete der ORF im Gespräch mit Horst Jauschnegg, Leiter der Tierzucht-Abteilung der LK Steiermark. Von Jänner bis Juli 2017 lag der Durchschnitt bei 39,74 Cent pro Liter Milch. Trotz des gestiegenen Butterpreises erhalten die Milchbauern noch immer

keinen kostendeckenden Preis für ihr hochwertiges Produkt. „Fünf Kilo Butter isst jeder Österreicher durchschnittlich pro Jahr. Da drückt die Preiserhöhung von 50 Cent für 250 Gramm mit weniger als einem Euro pro Monat auf die Geldbörse. Das ist doch verkraftbar“, so Helmut Petschar, Geschäftsführer von Kärlernmilch und Präsident der Vereinigung Österreichischer Milchverarbeiter (VÖM). Jetzt seien die Preise angemessen, sagt Bauernbund-Präsident und NAbg Georg Strasser über den aktuellen Butterpreis. Bezüglich des aktuellen Milchpreises

betont dieser: „Jetzt können die Betriebe wieder wirtschaften.“ Mit „wirtschaften“ hat die aktuelle Preislage jedoch noch immer nichts zu tun. Und für wen die Butterpreise jetzt angemessen sind, darüber lässt sich mutmaßen. Fakt ist, dass die Milchbauern beim Milliarden-geschäft mit dem „Weißen Gold“ das nachsehen haben. „Ein Milliarden-geschäft in dem die Kuh zwar im Zentrum des Geschehens steht, gleichzeitig aber schwächstes Glied der Kette ist“, heißt es im neuen Film „Das System Milch“ des Südtiroler Dokumentarfilmregisseur Andreas Pichler.



AGRARPOLITIK UND WELTGESCHEHEN KRITISCH BETRACHTET - BALD AUCH ONLINE

„Der Freie Bauer“ eröffnet am 17. Oktober sein Online-Nachrichtenportal unter www.derfreiebauer.info






LKR Ing. Franz Graf
Chefredakteur
„Der Freie Bauer“

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich



Oberösterreichs Zuchtrinder sind nicht nur in der Türkei heiß begehrt

Laut eines Berichts von „Topagrar“ ist die Türkei seit Jahren der wichtigste Abnehmer für österreichische Zuchtrinder. Etwa zwei Drittel der 6.000 Exportrinder würden dorthin verkauft. Die Preise für Rindfleisch seien im internationalen Vergleich höher als auf anderen Märkten. Jetzt sollen auch Aserbaidschan, Usbekistan und der Iran verstärkt mit heimischen Rindern versorgt werden. Auch EU-Länder und Drittländer, wie Marokko und Serbien werden beliefert.

Foto: pixabay



Foto: pixabay

Auch Hausbrunnen und Fischteiche betroffen: Gülle-Unglück verpestete nicht nur die Kleine Gusen

Aufgrund einer Anfang August 2017 aufgetretenen massiven Verunreinigung der Kleinen Gusen durch unkontrolliert auslaufende Gülle wurde über eine Gewässerlänge von mindestens fünf Kilometern der Fisch- und Flußneunaugen-Bestand gänzlich ausgelöscht und andere am Gewässerboden lebende Tiere zum Großteil vernichtet. In Neumarkt im Mühlkreis (Bezirk Freistadt) sind rund 100.000 Liter Gülle ausgeflossen. Bei einem Sturm hatte sich das Becken geöffnet, so dass die Gülle sich über eine Wiese in den Fluss ergießen konnte. Die Gülle hat dabei nicht nur die Kleine Gusen verunreinigt, sondern auch einen Hausbrunnen, mehrere Fischteiche und einen Bach. Die Verschmutzung soll mitt-

lerweile bis in den Bezirk Perg reichen. In den anschließenden Tagen nach der Gülle-Einleitung meldeten sich bisher insgesamt sechs Geschädigte – vor allem Fischteichbesitzer. Oberhalb der Gülle-Einleitstelle zeigt sich die Kleine Gusen in einem guten ökologischen Zustand. Darunter befinden sich seltene und unbedingt zu schützende Arten wie Bachneunauge und die Grüne Keiljungfer, welche sogar in der Flora Fauna Habitat Richtlinie genannt sind und im Europaschutzgebiet „Tal der Kleinen Gusen“ speziell als aquatische Schutzgüter definiert werden. Die Selbstreinigung des Gewässers und die natürliche Wiederbesiedelung durch Lebewesen werden sich voraussichtlich über Monate (klei-

ner Tiere) bis Jahre (Fische und Rundmäuler) erstrecken, zumal eine Zuwanderung von unten aufgrund zahlreicher künstlicher Wanderhindernisse kaum möglich ist. Der von der EU- Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) geforderte gute ökologische Zustand - welcher in dieser Gewässerstrecke bisher erreicht werden konnte - wurde schlagartig in den schlechten Zustand versetzt.

Für den Gewässerschutz ein drastisches Ergebnis. Von Sachverständigen der Bezirks-hauptmannschaft Freistadt und vom Land Oberösterreich seien Maßnahmen veranlasst worden, um das Schadensausmaß möglichst gering zu halten. Die Höhe des Schadens konnte bisher noch nicht genau beziffert werden.

Mit Sicherheit

Mehr Sorgfalt ist gefragt

Der unglückliche Vorfall der Gülle-Einleitung in die Kleine Gusen Anfang August zeigt deutlich, dass eine unsachgemäße Lagerung von Gülle eine enorme Gefahr für unsere Umwelt darstellt. Ein solcher Fall zeigt zudem einmal mehr, dass mehr Aufklärungsarbeit und auch mehr Unterstützung für unsere Landwirte notwendig sind. Uns allen muss der gute Zustand unserer Gewässer auch langfristig ein Anliegen sein. Solche flussökologischen Katastrophen wie in Neumarkt im Mühlkreis dürfen sich zukünftig

Elmar Podgorschek

nicht mehr wiederholen. Da sich viele landwirtschaftliche Flächen in der Nähe von Gewässern befinden, muss die landwirtschaftliche Produktion mit dem Naturschutz in Einklang gebracht werden. Dazu bedarf es bestimmter Maßnahmen wie etwa das Einhalten von festgelegten Düngemengen oder dem Anlegen von Grünstreifen entlang der Gewässer. Vor allem aber bei der Lagerung und beim Umgang mit Gülle ist besondere Vorsicht geboten. Bei richtiger Anwendung ist die Gülledüngung genauso gewässerschonend, wie die Düngung mit Mineraldünger. Die gesetzlichen Vorgaben zum Gewässerschutz in Österreich sind jedenfalls ausreichend. Es ist also vor allem an all jene zu appellieren, die mit Gülle und anderen Düngern umgehen, alles zu tun, um eine sichere Handhabung und Lagerung zu gewährleisten. Alle, die durch ihre berufliche Tätigkeit mit dem Schutz unserer Gewässer zu tun haben, müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein.



Hoch am Berg...

Waldbesitzer unterstützen

Es sind schwierige Zeiten für viele Waldbesitzer in Oberösterreich. Seit zwei Jahren gibt es in vielen Gegenden starke Borkenkäfer-Kalamitäten, die einen erhöhten Anfall an Schadholz zur Folge haben. Dazu kam speziell im heurigen Jahr auch noch ein Sturmereignis, das den Anfall von Schadholz noch erhöhte. Nun befinden sich die Waldbesitzer am Rande der Leistungsfähigkeit. Doch nicht nur das Schlagen und Aufarbeiten der Kalamitäten erfordert einen hohen Arbeitseinsatz, auch die Unmöglichkeit, den wirt-

Rudolf Dilly

schaftlichen Schaden einigermaßen zu kompensieren, belastet die Betroffenen. Vor allem die Tatsache, dass der gesättigte Holzmarkt derzeit kein Holz abnimmt und daher etliche Festmeter in den Wäldern liegen bleiben und nicht abgeholt werden, verschärft die Situation.

Die FB fordert daher die größtmögliche Unterstützung der betroffenen Waldbesitzer. Nicht nur Fördermittel für den ländlichen Raum können hier helfen, sondern auch eine Unterstützung aus dem Katastrophenfonds auch bei Borkenkäfer-Kalamitäten. Denn für die Betroffenen entwickelt sich der Borkenkäfer in den letzten zwei Jahren durchaus zur Katastrophe. Um die Schadholzkrise unserer Waldbesitzer schnellstmöglich abzumildern sind aber nicht nur finanzielle Mittel notwendig, sondern ein umfassendes Krisenmanagement der Politik und des Forstdienstes. Die heimische Holzindustrie ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und verdient unsere Unterstützung.



Die Forderung Betroffener nach Wolfsbejagung wird immer lauter

Nachdem die Sichtungen von Wölfen auch in Oberösterreich zunehmen und bereits Schafe im Mühlviertel gerissen wurden, fordern Betroffene immer dringender die Bejagung. Nachdem die Landwirtschaftskammern von OÖ und Salzburg bereits entsprechende Resolutionen verabschiedet haben, sieht der Landesjagdverband derzeit noch keinen Handlungsbedarf. Man müsse sich jetzt intensiv damit beschäftigen, wie der Wolf in unsere Kulturlandschaft integriert werden könne.

Foto: pixabay

Borkenkäfer und August-Sturm: Schadholz macht den

Erst kam der Borkenkäfer, danach der August-Sturm. Die heimischen Waldbesitzer wissen nicht mehr, wohin mit den angefallenen Mengen an Schadholz. Schätzungen bis Jahresende gehen von etwa 700.000 Festmetern in Oberösterreich aus. Kritik am derzeitigen Katastrophenmanagement der Forstbehörden und an der Politik steigt.

Zunächst sah es so aus, als ob die Zusammenarbeit zwischen den heimischen Forstbehörden und den Waldbesitzern die heurige Borkenkäferzeit einigermaßen bewältigen könnten. So wurde im Juli insgesamt 200.000 Festmeter Käferholz aus den Wäldern gebracht, um das zunehmende Übergreifen des Schädling auf gesunde Bestände einzudämmen.

Das Sturmereignis am 18. August sorgte dann aber für einen weiteren Anfall von Schadholz im Ausmaß von etwa 130.000 Festmetern. Der ohnehin schon gesättigte Holzmarkt konnte kein weiteres Holz aufnehmen. Deshalb sollte Sturmholz – trotz Käfergefahr – nicht aufgearbeitet werden, sondern die bereits befallenen

Bäume zuerst geschlägert werden. Doch auch diese Strategie sorgte nicht für Entlastung, denn inzwischen sind die Holzlagerplätze in den Wäldern randvoll, die Frächter können

Markt ist gesättigt

vielerorts das Holz nicht aus dem Wald holen, weil die Sägewerke wegen der Marktsättigung kein Holz abnehmen. Die Folge: das ohnehin qualitativ geminderte Käferholz liegt zu lange und bekommt zusätzlich noch die Bläue. Auch der Hinweis des Waldbesitzerverbandes, man solle das gelagerte Holz mit Insektizid-Netzen vor weiterem Käferbefall auf den Lagerplätzen schützen, erhöht lediglich die Kosten, der Wert-

erhalt werde dadurch nicht garantiert, kritisieren Betroffene. Landwirtschaftskammer, Politik und Forstbehörden reagieren höchst unterschiedlich auf diese Krise der heimischen Waldbesitzer.

Während sich die politischen Verantwortungsträger in OÖ gegen eine Unterstützung der Walbesitzer, die stark von Borkenkäferbefall betroffen waren, aus dem Katastrophenfond aussprachen, fordert die Freiheitliche Bauernschaft

Echte Katastrophe

nachdrücklich eine solche Unterstützung. „Für die betroffenen Waldbesitzer ist der starke Borkenkäferbefall durchaus eine Katastrophe, zumal wenn



◀ Frächter können oft das Holz nicht aus dem Wald holen, weil die Sägewerke kein Holz abnehmen - die Lager sind voll.

Nicht nur der Borkenkäfer macht den Waldbesitzern zu schaffen. Auch der August-Sturm lies die Menge an Schadholz explodieren. ▶

Europäisches Vogelsterben

Laut eines Berichts des deutschen Umweltministeriums geht die Zahl der Vögel in Europa vor allem in monokulturellen Agrarlandschaften zurück. Es fehle an Lebensräumen und Insekten als Nahrung. So sei etwa der Bestand bestimmter Insektenarten um 90 % zurückgegangen.

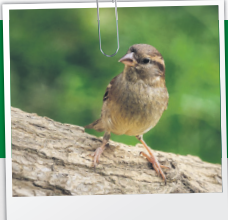


Foto: pixabay

2.000 Jahre Jagd in Österreich

Im Österreichischen Jagd- und Fischereiverlag ist ein neues Buch zur Jagdgeschichte erschienen. Neben Fakten zur Entwicklung der Jagd in Österreich wird aber auch Kurioses und Spannendes eingefangen. Ein Muss für jeden, der sich für die heimische Jagd interessiert.

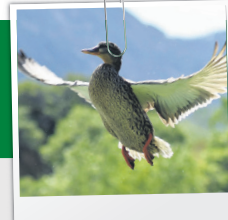


Foto: pixabay

Forstbehörden im Kreuzfeuer der Kritik Waldbesitzern zu schaffen

man bedenkt, dass durch das nicht abtransportierte Holz noch ein zusätzlicher Wertverfall eintritt“, begründet der Obmann der Freiheitlichen Bauern, Franz Graf, die Forderung. Und weiter: „Es liegen viele Vorschläge am Tisch:

Foto: Bundesheer/Wenzel Andy

Soldaten im Forst?

Auch einen Assistenzinsatz von Pioniereinheiten des Bundesheeres zur Unterstützung der Aufarbeitung sollte angedacht werden. Das Argument der mangelnden Ausbildung kann dabei nicht zählen, denn immerhin könnten die Soldaten einfache Unterstützungsarbeiten im Forst leisten und so die Facharbeiter und den Waldbesitzer bei der Aufarbeitung unterstützen.“

Für das Sturmholz wird hingegen eine Entschädigung von bis zu 1.500 Euro pro Hektar aus dem Katastrophenfonds des Landes OÖ gewährt. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft plant



Das Österreichische Bundesheer hat sich in vielen Katastrophenfällen bewährt. Ein Assistenzinsatz von Pioniereinheiten zur Unterstützung der Aufarbeitung wäre für LKR Franz Graf auch in diesem Fall denkbar.

zur Borkenkäferbekämpfung eine Aufstockung der Mittel zur Förderung der ländlichen Entwicklung um drei Millionen Euro auf insgesamt 18

Mehr Geldmittel?

Millionen Euro bis zum Jahr 2020. Dabei sollen Verhacken des Restholzes, maschinelles Entrinden, Forcierung der Vorlage von Fangbäumen im nächsten Frühjahr, die Errichtung von Trockenzwischenlagern und Waldumbau mit Laubholz, Tanne, Lärche und Douglasie gefördert werden. Selbst eine Änderung des höchstzulässigen Gesamtgewichtes für Holztransporte von 44 auf 50 Tonnen ist vorgese-

Fotos (2): pixabay

hen. Auch eine Verbringung des Schadholzes in Zwischenlager soll gefördert werden. Die Förderung für diese Verbringung durch das Land OÖ beträgt sagenhafte fünf Euro je Festmeter bis maximal 200 Festmeter.

Echte Hilfe gefragt

Kurzfristig sind aber alle diese Maßnahmen wenig wirkungsvoll, denn entweder sind sie nur lang- oder mittelfristig wirksam, vermindern den wirtschaftlichen Schaden der Waldbesitzer nur wenig, oder nützen – wie im Falle einer Herabsetzung des höchstzulässigen Gesamtgewichtes – nichts, solange die Sägewerke die An-

nahme des Holzes verweigern. Gleiches gilt auch für andere Holzabnehmer. So sind etwa die Holzlager der Linz AG zur Stromerzeugung randvoll. Doch anstatt in der derzeitigen Schadholzkrisen vermehrt Holz als Energieträger zu nutzen, verheizt die Linz AG derzeit aus Kostengründen lieber das günstigere Plastik zur Energiegewinnung. „Wenn alle Ebenen der Politik und Wirtschaft den Willen zur Krisenbekämpfung hätten, dann könnte man die Auswirkungen der Schadereignisse minimieren. Leider fehlt hier offenbar sowohl die Koordination, als auch der politische Wille“, zeigt sich Graf enttäuscht vom bisherigen Krisenmanagement.



Handwerkskunst versus Massenproduktion:

Beim letzten Hand-Bl

Handwerk ist ein Schatz! Handwerk und Tradition haben sich über Jahrhunderte entwickelt und bewährt. Welche Bedeutung hat es für unsere Zukunft? Obwohl der Trend zur Massenproduktion an niemandem spurlos vorbeigeht, erfährt das Altbewährte in den letzten Jahren einen Aufschwung. „Der Freie Bauer“ hat eine Meisterin ihres Faches besucht und wurde in die Kunst und Geschichte des Blaudrucks eingeweiht. Beim Betreten der Handwerksstube wird einem sofort bewusst, dass hier etwas Besonderes passiert.

Blaudruck ist nicht gleich Blaudruck. „Blaudruck Wagner“ aus Bad Leonfelden ist der letzte Betrieb in Österreich, der die Blaudrucke auf traditionelle Weise per Hand herstellt. Einen Schatz von etwa 200 Modellen, so nennt man die Schablonen, mit denen man das gewünschte Muster auf das Leinen überträgt, dürfen sie ihr eigen nennen. Von Generation zu Generation wurden diese weitergegeben und gehütet.

Seit 1878 in Bad Leonfelden

Im Jahr 1878 hat sich Karl Wagner, nach neunjähriger Walz quer durch den deutschen Sprachraum, von Schlesien bis zum Elsass, in Bad Leonfelden niedergelassen und einen Betrieb gegründet. Die Blütezeit des Blaudrucks war das 18. und 19. Jahrhundert. Ab 1900 reduzierte sich die Anzahl der Blaudrucke stark. Der Grund: Die Industrialisierung, im Speziellen, der industrielle Walzendruck. Durch die „technische Vervollkommnung in der Textilindustrie“ konnten Stoffe zuneh-

mend schneller und preiswerter hergestellt werden. „Als wir uns vor 20 Jahren dazu entschieden haben die Familientradition weiterzuführen, war es still bestellt um den Blaudruck“, so Maria Wagner. Es war ihnen eine Herzensangelegenheit, die

„Die Tracht ist wieder tragbar“

Tradition in die vierte Generation zu führen. Neben dem eigentlichen Broterwerb und den Familienpflichten, wurde damals zwei bis dreimal pro Woche Leinen nach individuellen Kundenwünschen bedruckt. Vor etwa zehn Jahren begann das Interesse zu steigen. Die Lederhosen und das Dirndl, in allen möglichen und unmöglichen Farben, wurden modern. Von diesem Aufschwung profitierte jedoch auch das Echte, das Traditionelle. „Wir erleben einen Aufschwung, weil die Tracht wieder tragbar wurde und auch das Handwerk wieder mehr geschätzt wird. Wenn man sich einen Handdruck ansieht und mit einem Industriedruck vergleicht, stellt man schnell fest, dass das zwei verschiedene

Welten sind. Unsere Kunden schätzen außerdem, dass wir ausschließlich Mühlviertler-Leinen, das in unserer Region gewebt wird, verwenden. Das alles sind Pluspunkte, die dem Produkt eine höhere Wertigkeit verleihen.“

Was lange währt, wird endlich gut. Bis der Stoff fertig für den Verkauf ist, dauert es drei bis vier Wochen, erst dann kann es weiter zum Schneider gehen. Das mag für viele in unserer schnelllebigen Zeit, der Wegwerfgesellschaft, eine Ewigkeit sein. Auf etwas warten zu müssen, ob Bekleidung oder technische Geräte, das sind wir kaum noch gewohnt. Wenn etwas gefällt, will man es haben und das am besten sofort. Und billig soll es sein.

Wegwerfgesellschaft

Die Werbung suggeriert dem Kunden, dass er ein bestimmtes Produkt braucht, sonst sei er nicht am Stand der Zeit oder gar unmodern. Zusätzlich hat sich die Lebensdauer vieler Produkte stark reduziert. Gleichzeitig wachsen die Abfallberge, doch das blenden wir aus. Aus den Augen, aus dem Sinn. Der Begriff der „geplanten Obsoleszenz“ begründet das Phänomen der modernen Wegwerfgesellschaft. Dieser Begriff tauchte das erste Mal in den 1920er Jahren in Amerika auf. Das Ziel: Eine geplante Produkt-Selbsterstörung,

Foto li.: Wagner, Rest: Der Freie Bauer



◁ Nach telefonischer Voranmeldung freuen sich Karl und Maria Wagner auf Ihren Besuch. Es werden auch Führungen angeboten. Weitere Informationen unter www.blaudruck.at

Echte Handwerkskunst für zuhause: Polsterbezüge aus echtem Blaudruck schmücken die gute Stube. ▷

Das Blaudruck Dirndl ist eines der ältesten Dirndl, das in allen österreichischen Bundesländern zu finden ist. ▷



„Blaudruck Wagner“ im schönen Mühlviertel Blaudrucker Österreichs

die den Konsum immer weiter antreibt. 2011 führte die Ausstrahlung der arte-Dokumentation „Kaufen für den Müll“ zu einer breiten öffentlichen Diskussion dieses Themas.

Traditionelles Handwerk ist das Gegenteil davon. „Handwerk hat einen großen Wert. Erstens, Handwerk passiert nie schnell. Das heißt, dass man viel Zeit investieren

Entschleunigung

muss. Genau das brauchen wir in unserer Zukunft, nicht alles muss immer schneller und billiger sein. Gut Ding braucht Weile. Jemand, der sich für einen echten Blaudruck entscheidet, bei dem reift der Prozess schon länger. Wenn man sich dann entschließt, das Projekt zu starten, sucht man sich zuerst das Muster aus, dann wartet man, bis der Stoff fertig ist und schließlich geht man

damit zu einem Schneider. So entsteht langsam etwas Einzigartiges, das über Generationen hinweg Bestand hat. Man hat die Möglichkeit, von Grund auf, die Entstehung eines Stückes mitzuerleben. Von Massenware trennt man sich viel leichter“, ist Maria Wagner überzeugt. Nicht nur das traditionelle Blaudruck-Dirndl, eines

der ältesten Dirndl überhaupt, das in allen österreichischen Bundesländern zu finden ist, wird aus diesem hochwertigen Stoff gerne gefertigt, sondern auch Trachten-Gilets, Polsterbezüge, Tischwäsche, Röcke und Blusen. Für einen Meter Stoff muss man etwa 70 Euro rechnen.

Das „Blaue Wunder“

Das „Blaue Wunder“, so wird der Blaudruck umgangssprachlich bezeichnet. Wie aus weißem Leinen, ein blaues Kunstwerk entsteht und wo dabei das Wunder versteckt ist, erklärt Maria Wagner: „Der erste Schritt ist, das Leinen sorgfältig auf dem Drucktisch aufzulegen. Auf den Handdruckmodel wird dann der ‚Papp‘, eine Substanz, die nach überlieferter Rezeptur gemischt wird, aufgetragen. Nun kann das Muster auf das Leinengewebe

Man hat die Möglichkeit, von Grund auf, die Entstehung eines Stückes mitzuerleben.

Maria Wagner

übertragen werden. Nach einer Trockenzeit von zwei Wochen, dem sogenannten Versteinern, werden die Stoffe in die ‚Küppe‘, das Farbbad, getaucht. Sobald sich das mit Färbelösung benetzte Leinen an der Luft befindet, kann man die Oxidation beobachten. Hier kann man das

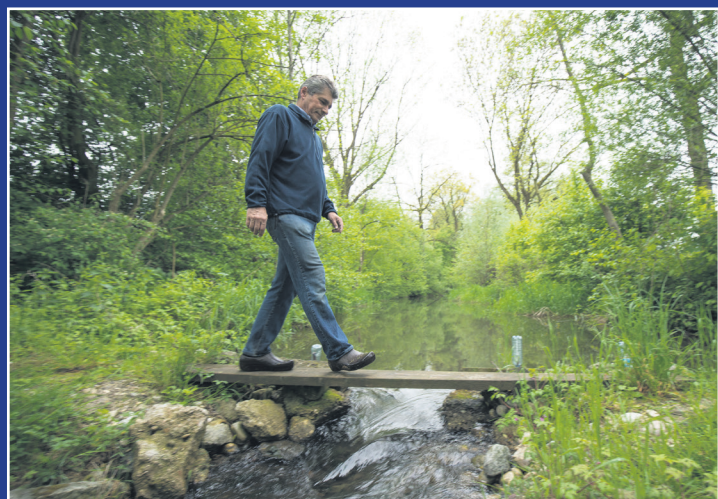
„Blaue Wunder“ erleben, denn wenn der Stoff aus dem Farbbad kommt, ist er kurz gelb, färbt dann schnell in grün um und wird erst mit der Zeit blau.

Je dunkler der Stoff werden soll, desto öfter wird er eingetaucht, das ist das besondere an der Indigofärbung. Nach dem Färben wird der Stoff getrocknet, anschließend in eine saure Lösung getaucht und daraufhin gründlich gewaschen. Dabei löst sich der zuvor aufgetragene ‚Papp‘ ab und die reservierten Stellen kommen als weißes Muster zum Vorschein.“

Bedeutung für die Zukunft

Welche Bedeutung hat das Handwerk für unsere Zukunft? Dazu hat der Nobelpreisträger Konrad Lorenz (1903-1989) sehr deutliche Worte gefunden: „In dem Maße, in dem das Handwerk durch die Konkurrenz der Industrie ausgerottet wird und in dem der kleinere Unternehmer, einschließlich des Bauern, existenzunfähig wird, sind wir alle ganz einfach gezwungen, uns in unserer Lebensführung den Wünschen der Großproduzenten zu fügen, die Nahrungsmittel zu fressen und die Kleidungsstücke anzuziehen, die sie für uns für gut befinden, und was das Allerschlimmste ist, wir merken kraft der uns zuteil gewordenen Konditionierung gar nicht, dass sie dies tun.“





Immer unter Strom: Alternative

Der „Freie Bauer“ sprach mit dem Klubobmann des oberösterreichischen FPÖ-Landtagsklubs, Herwig Mahr, über aktuelle Themen in der Landwirtschaft und die Wichtigkeit des ländlichen Raumes für unser Heimatland. Milchquote, Herkunftskennzeichnungen und Qualitätssicherung, Biogas-Förderung und Lebensmittelskandale waren dabei ebenso Thema des Gesprächs wie der persönliche Bezug zur Landwirtschaft.

Herr Klubobmann, Sie setzen sich für die Förderung von Biogas und alternativen Energieformen ein. Was genau sind hier die freiheitlichen Forderungen?

Auf Initiative der FPÖ OÖ wurde eine gemeinsame Resolution betreffend die Laufzeitverlängerung der Ökostromförderung für Einspeisetarife von Biogasanlagen nach Wien verabschiedet.

Der große Vorteil von Stromerzeugung aus Biogas besteht darin, dass die Ausgangsstoffe wie Gülle und organische Abfälle dauerhaft verfügbar und nicht von Witterungsbedingungen abhängig sind. Ein weiterer Vorteil ist die konstante Stromlieferung über 24 Stunden hinweg sowohl im Sommer als auch im Winter. Vor allem die innovativen Landwirte wären von einer Streichung der Biogasförderung massiv betroffen. Die FPÖ fordert weiters auch eine finanzielle Ausstiegshilfe für ineffiziente Anlagen.

Eigenversorgung

Im Juni wurde die kleine Ökostromgesetz-Novelle beschlossen. Damit bekommt die Biogas-Branche zusätzlich 11,7 Mio. Euro für Nachfolgetarife mit einer Laufzeit von drei Jahren. Damit soll ein massenhafter Konkurs der Betreiber solcher Anlagen – meist Bauern – verhindert werden.

Österreich ist reich an alternativen Energiequellen, die aber noch zu wenig genutzt werden. Hier könnten viel mehr Anreize gesetzt werden, auch

um die Fähigkeit zur Eigenversorgung unseres Landes zu steigern.

Kürzlich kam an die Öffentlichkeit, dass jede zehnte Ei- probe in Österreich das Insektengift Fipronil enthält. Damit rückte auch die Diskussion um die Lebensmittelkennzeichnung wieder in den Fokus. Welche Position vertritt die FPÖ hier?

Die FPÖ fordert, den ungehinderten Import von Käfigeiern zu unterbinden. Gemeinsam mit allen im oberösterreichi-

„Gift-Eier“

schen Landtag vertretenen Parteien wurde eine diesbezügliche Initiative heuer im März nach Wien verabschiedet. Es ist bezeichnend, dass bei diesem jüngsten Lebensmittelkandal keine heimischen Eier betroffen waren. Seit 1. Jänner 2009 ist die Käfighaltung in Österreich zur Gänze untersagt. Hier nehmen wir eine Vorreiterrolle in Sachen Tierschutz ein. In der europäischen Union ist die konventionelle Käfighaltung (Legebatterie) seit dem Jahr 2012 verboten. Aufgrund mangelnder Kontrollen und Säumigkeit einiger Mitglied-

Käfighaltung

staaten, sind nach wie vor Eier aus europäischer Käfighaltung am Markt – auch in Österreich. Bei einzelnen Eiern kann man die Herkunft und die Haltungsform anhand der Kennzeichnung nachvollziehen. Bei Produkten, in denen

Das sind die Visionen von Herwig Mahr

Energieformen fördern



Herwig Mahr ist Klubobmann der Freiheitlichen im oberösterreichischen Landtag. Er absolvierte die HTL für Maschinenbau in Linz und engagiert sich seit 1985 im Trauner Gemeinderat.

Eier weiterverarbeitet werden leider nicht, da es keine Kennzeichnungspflicht gibt. Dies betrifft nicht ausschließlich Eier, sondern leider auch Fleisch und Milch. Bei Lebensmitteln darf nicht „billig“ der Standard werden, sondern „gesund, gut und aus heimischer Landwirtschaft“. Das muss angestrebt und im Sinne unserer Gesundheit mehr Wert auf unsere nachhaltigen Lebensmittel gelegt werden.

Durch die Abschaffung der Milchquote kamen viele Milchbetriebe unter Druck oder mussten sogar schlie-

ßen. Die Bauern haben das Gefühl, man opfere sie dem Weltmarkt...

Das ist leider kein Gefühl,

Österreich ist reich an alternativen Energiequellen, die aber noch zu wenig genutzt werden.

Klubobmann Herwig Mahr

sondern traurige Tatsache. Uns muss klar sein, dass unsere heimische Landwirtschaft nicht mit den großen Playern auf dem Weltmarkt preislich konkurrieren kann. Unsere Bauern bieten dafür aber eine sehr hohe Qualität an, die eben auch ihren Preis haben muss. Die Milchpreisentwicklung ist einer der Hauptgründe für die durchaus dramatische Situa-

tion unserer Landwirte. 2015 wurde die EU-Milchquote abgeschafft, um den Milchmarkt zu deregulieren. Befürworter

der Abschaffung hofften auf eine deutliche Ausweitung der Produktion und steigende Preise durch einen Anstieg der

Milchquote

weltweiten Nachfrage. Leider war das Gegenteil der Fall. Die FPÖ fordert eine rasche Einführung einer modernen Form der Milchquote, die auf

eine EU-weite Mengenregulierung abzielt.

Gibt es bei Ihnen eigentlich auch einen persönlichen Bezug zur Landwirtschaft?

Ich selbst lebe am Land und habe den direkten Kontakt zu den Menschen im ländlichen Raum. Gleichzeitig bewirtschaftete ich ein kleines Stück Land und gewinne selbst ökologischen Strom mit einem eigenen Kraftwerk. Ich versuche zudem, vor allem das Verständnis für natürliche Zusammenhänge bei der Jugend wieder zu stärken. Ich denke es ist enorm wichtig, den kommenden Generationen die Wertschätzung für das, was der Bauer tut, weiter zu geben.



Ins Horn gestoßen

Es ist an der Zeit zu Handeln!

Der eine wartet bis die Zeit sich wandelt, der andere steht auf und handelt. 30 Jahre ÖVP-Landwirtschaftsminister reichen, denn die sogenannten Bauernvertreter haben genug Schaden angerichtet.

Freiheitliche Landwirtschaftspolitik steht vor allem für strukturerhaltende Landwirtschaft, die den Arbeitsplatz Bauernhof sichert. Die ÖVP redet gerne von einer „flächendeckenden Landwirtschaft“, aber es ist auch flächendeckend, wenn einige wenige Betriebe die Flächen bewirt-

Peter Schmiedlechner

schaften. Es ist aber gerade im ländlichen Raum nötig, die Strukturen zu erhalten, um die Arbeitsplätze zu sichern.

Wir brauchen auch eine Fairness-Offensive in der Landwirtschaft. So sollte die Betriebsprämie nicht in die Berechnung des Einheitswertes einbezogen werden. Stattdessen sollte der Einheitswert an den Grünen Bericht gekoppelt werden, so dass bei einem Einkommensrückgang auch der Einheitswert sinkt. Fairness bedeutet aber auch, dass Fördergelder und Ausgleichszahlungen wieder bei den Bauern ankommen. Daher darf es keine Agrarförderungen an öffentliche Institutionen oder an Vereine mehr geben.

Wichtig ist außerdem eine ordentliche Produktkennzeichnung. Denn wo Österreich draufsteht muss auch 100 Prozent Österreich drin sein. Dies sind nur einige der Maßnahmen, die mir als Bauernvertreter wichtig sind. Es gilt wieder Agrarpolitik mit Hausverstand zu machen. Dafür stehe ich!



FB-Forderung: Die Wirksamkeit der neuen Einheitswerte verschieben

Die Freiheitliche Bauernschaft fordert, die Wirksamkeit der Vorschreibung der SVB-Beiträge und die Wirksamkeit der neuen Einheitswerte auf 1. Jänner 2018 zu verschieben. Begründung sind die Verzögerungen bei der Versendung der Einheitswertbescheide, bei der Datenzusammenführung und anderen EDV-Anpassungen. Auch die schwierigen Verhältnisse des Wirtschaftsjahres 2017 mit Dürre, Sturmereignissen und den Borkenkäfer-Kalamitäten sollen Beachtung finden.

Foto: pixabay

Die kommende Nationalratswahl als Jetzt braucht es

Die FPÖ tritt an, um echte Reformen umzusetzen und Politik mit Hausverstand für alle Österreicher zu machen. Auch in der Agrarpolitik wollen die Freiheitlichen wichtige Weichen stellen. Die Landwirtschaft nimmt einen wichtigen Stellenwert für unsere Heimat ein. Daher gehört zu heimatbewusster und patriotischer Politik der FPÖ auch das Handeln für unsere Bauern und den ländlichen Raum.

Ausgleichszahlungen und Förderungen erzeugten einen unnatürlichen Wachstumszwang und müssten daher dringend reformiert werden. Produktionsquoten, die der

Quotenregelungen

Marktstabilisierung dienen, wie etwa bei Milch und Zucker, seien auch weiterhin notwendig. „Vor allem unsere Milchbauern könnten durch eine Wiedereinführung der Quoten unterstützt werden“, so Graf.

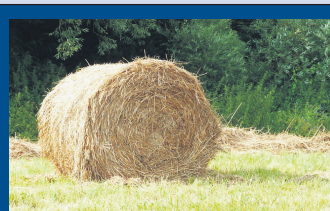
„Der Kampf gegen die oftmals unsinnige und überbürokratisierte GAP der Europäischen Union ist ebenfalls ein wichtiger Baustein zur Unterstützung unserer Bauern“, so Graf weiter. Nur eine

„Das wichtigste ist die Wertschätzung der Landwirtschaft in der Bevölkerung und das Selbstbewusstsein unserer Landwirte zu stärken“, so der Obmann der Freiheitlichen Bauern, Franz Graf. Wenn diese Grundlage gegeben sei, dann habe man schon viel erreicht. Gleich danach komme die faire Preispolitik. Die Bauern bräuchten ein Einkommen von dem man leben könne und für die hohen Qualitätsstandards in Österreich seien die Konsu-

menten auch bereit, einen fairen Preis zu zahlen, ist Graf überzeugt. Eine umfassende Reform der Kennzeichnungspflicht nach dem Schema „Geburtsland-Aufzuchtland-Schlachtland“ gehöre eingeführt, damit hohe

Kennzeichnungspflicht

Qualität auch einen fairen Preis rechtfertige. Gleichzeitig solle es aber auch Preisauflagen für Produkte mit niedriger Qualität geben.



Ewige Baustelle: Die GAP

Die bisherigen GAP-Reformen haben sich vorrangig an den Interessen des Weltmarktes orientiert. Die Ausgleichszahlungen werden zunehmend an Auflagen geknüpft. Nur Renationalisierung und Entbürokratisierung schützen die unsere Landwirtschaft nachhaltig.



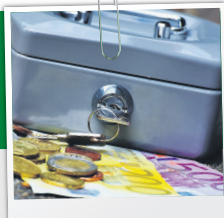
Jagd- und Forstwirtschaft

Sie sind untrennbare Wirtschaftsfaktoren. Waldbesitzer erhalten unsere Natur und den Lebensraum für das Wild. Die Jagd stellt hochwertige Lebensmittel bereit und ist Teil unserer Kultur. Das heimische Holz soll als wichtiger Bau- und Rohstoff gefördert werden.



SOS Bauernstand

Unsere Bauern verdienen faire Preise und ein faires Einkommen. Klare Herkunftskennzeichnungen bewirken eine Positivkennzeichnung von besserer Qualität. Außerdem sollen Bauernpensionen mindestens auf das Niveau der Mindestsicherung angehoben werden.



FB-Forderung: Bei Borkenkäferschäden Unterstützung aus Katastrophenfonds

Heuer wurden die Waldbesitzer in OÖ und NÖ im zweiten Jahr in Folge besonders stark durch Borkenkäfer-Kalamitäten getroffen. Während es etwa für Sturmschäden Mittel aus dem Katastrophenfonds der Länder und des Bundes gibt, ist das bei Borkenkäferschäden bisher nicht der Fall. Die Freiheitlichen Bauern stellten nun einen entsprechenden Resolutionsantrag an die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer, um Mittel auch in diesem Fall bereitzustellen.

Foto: pixabay

Wir Bauern



Schnapsidee!

Seit 1835 gibt es bei uns die Regelung, dass Grundmengen bei der Herstellung von Hausbrand steuerbefreit sind. Diese Regelung überdauerte politische Systeme seit 182 Jahren. Nun soll dieses alte Recht, das bei den EU-Beitrittsverhandlungen Österreich zugestanden worden ist, von der EU aufgehoben werden. Die EU-Kommission spricht plötzlich von einem Verstoß gegen die EU-Alkoholsteuer-Richtlinie und übersandte Österreich im Frühling 2017 ein Mahnschreiben. Nach einer Stellungnahme der Republik sei nun wieder die EU am

Franz Graf

Zug, die darüber entscheidet, ob ein Verfahren gegen Österreich eingeleitet werde. Dabei ist der Zweck der EU-Richtlinie, nämlich den Binnenmarkt damit möglichst nicht zu beeinflussen, mit Sicherheit nicht gefährdet. Doch nicht nur ein traditionelles Hausrecht steht auf dem Spiel, auch die Nutzung von Streuobstwiesen, die nicht nur einen hohen kulturellen und ökologischen Wert haben, sondern auch zur Sicherstellung der genetischen Vielfalt von Obstbäumen in unserem Land beitragen, sind davon betroffen. Die Verarbeitung des Obstes von Streuobstwiesen ist arbeitsintensiv und somit teuer im Vergleich mit anderen Anbaumethoden. Die Verarbeitung zu hochwertigem, regionalem Schnaps ist gerade für viele kleine Betriebe eine Möglichkeit, über die Kostendeckung hinaus, dieses Streuobst zu verarbeiten. Dieser neue Plan der EU-Bürokraten ist somit auch als Angriff auf die Kulturlandschaft und die genetische Vielfalt des heimischen Obstes zu werten.

Richtungsentscheidung für Bauern echte Reformen

Renationalisierung und Entbürokratisierung schützen die heimische Landwirtschaft nachhaltig. Das Schrumpfen der bäuerlichen Betriebe sei nicht nur für die Betroffenen eine Katastrophe, sondern auch für die heimische Kulturlandschaft. „Nur durch eine strukturerhaltende Landwirtschaftspolitik können wir das Aussehen unserer über

die wichtigsten Garanten für den Arbeitsplatz Bauernhof. Dazu Graf: „Wir wollen keine ‚Wachse oder weiche‘-Politik, sondern die Chance für unseren ländlichen Raum, seine gewachsene Struktur zu behalten.“

Eine echte Kehrtwende in der Agrarpolitik ist daher notwendig, um die Situation der Bauern zu verbessern. Nur die FPÖ ist bereit, Agrarpolitik zu machen, die unseren Bauern als Erzeuger unserer hochqualitativen Lebensmittel, eine Zukunft sichert.



Umdenken notwendig

Jahrhunderte gewachsenen Heimat erhalten“, zeigt sich Graf überzeugt. Im Gegensatz zum politischen Mitbewerber ÖVP, die sich eine „flächendeckende“ Landwirtschaft wünscht, seien eben stattdessen besonders die kleinen und mittleren Betriebe



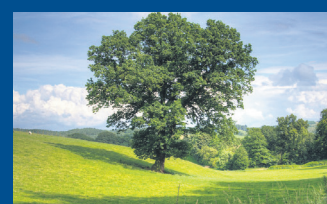
Agrargelder wieder zu den Bauern

Öffentliche Gelder müssen aus der Einheitswertberechnung herausgenommen werden. Die Mutterkuhprämie im Grünland und der Agrardiesel müssen wieder eingeführt werden. Investitionsprämien sollen nach Pauschalkostensätzen abgerechnet werden.



AMA-Wahnsinn beenden

Die AMA-Kontrollen sollen auf das Mindestmaß reduziert werden. Gleichzeitig muss die AMA transparenter werden: Wir fordern eine parlamentarische Kontrolle und Entbürokratisierung der AMA sowie Umsetzung der Vorschläge des Rechnungshofes.



Strukturerhaltende Landwirtschaft

Statt flächendeckender Landwirtschaft, bei der sich unsere Landschaft durch Großbetriebe dennoch negativ verändern könnte, fordern wir stattdessen eine strukturerhaltende Landwirtschaft. Unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft prägt die heimische Kulturlandschaft.

Ing. Wolfgang Klinger
Landesspitzenkandidat



Österreicher verdienen **FAIRNESS**

Unser Sozialsystem fair gestalten

Sozialleistungen wie Mindestsicherung und Kindergeld sind für die Österreicher gedacht. Sie dürfen kein Anreiz für Wirtschaftsflüchtlinge sein. Wenn Fremde ohne jeden Beitrag gleich viel oder mehr Leistungen erhalten als Österreicher, die viele Jahre eingezahlt haben, ist das unfair.

Unsere Familien fördern und ihr Eigentum respektieren

Eigentum von Familien, das an kommende Generationen weitergegeben wird, darf nicht mit einer Erbschaftssteuer belastet werden. Zum Beispiel eine Wohnung beim Erben nochmals zu besteuern, für die schon viele Steuern beim Kauf und für die Erhaltung bezahlt wurden, ist unfair.

Unsere Leistungsträger belohnen und nicht bestrafen

Für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gilt: Hohe Steuern, Abgaben und zu viel Bürokratie sind leistungsfeindlich und müssen reduziert werden. Ein Staat, der bei den Bürgern kassiert, aber bei sich selbst nicht spart, ist unfair.